



GERNOT ERLER
STAATSMINISTER IM AUSWÄRTIGEN AMT

10117 BERLIN, DEN / 5. Dez. 2005
WERDERSCHER MARKT 1
FERNRUF: 01888 – 17-2451
TELEFAX: 01888 – 17-3289

An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Petra Pau
Platz der Republik 1

11011 Berlin

Betr.: Schriftliche Fragen für den Monat November 2005
hier: Fragen Nr. 11/104 und 11/105

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Ihre Fragen:

Seit wann hat die Bundesregierung Kenntnis über Gefangenentransporte angeblicher Terrorverdächtiger durch den CIA in Europa und der Bundesrepublik Deutschland, und hat die (alte und die neue) Bundesregierung Schritte (bitte genau auflisten nach Zeitpunkt und Art der Anstrengung) unternommen, um diesen Sachverhalt aufzuklären?

und

Falls die Bundesregierung Anstrengungen unternommen hat, diesen seit langen bekannten Hinweisen nachzugehen, welches waren die Ergebnisse der Anstrengungen (bitte genau auflisten), und falls die Bundesregierung derartige Aktivitäten zur Aufklärung des Sachverhaltes nicht unternommen hat, was waren die Gründe hierfür?

beantworte ich wie folgt:

Bundesaußenminister Steinmeier hat das Thema angeblicher Gefangenentransporte der CIA während seiner Gespräche in Washington am 29.11.2005 mit US-Außenministerin Rice erörtert. Am gleichen Tag hat der britische Außenminister Jack Straw im Namen der EU US-Außenministerin Rice um Aufklärung der in den Medien erhobenen Vorwürfe gebeten. Außenministerin Rice hat Bundesaußenminister Steinmeier zeitnahe und

detaillierte Beantwortung der Anfrage des britischen Außenministers zugesagt. Sie hat dabei versichert, dass US-Aktivitäten im Ausland im Einklang mit US-Gesetzen und völkerrechtlichen Verpflichtungen der USA stehen.

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats hat den Schweizer Abgeordneten Dick Marty beauftragt, die Behauptungen über die Existenz von CIA-Geheimgefängnissen in Osteuropa zu untersuchen. Der Generalsekretär des Europarates hat ein Auskunftersuchen nach Art. 52 EMRK an alle Mitgliedstaaten gerichtet.

Die angeblichen Gefangenentransporte sind in zwei Einzelfällen Gegenstand staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen, in deren Rahmen die Bundesregierung Rechtshilfeersuchen weitergeleitet hat, in einem Fall auch an die USA.

Im Übrigen beantwortet die Bundesregierung Fragen zu nachrichtendienstlichen Zusammenhängen grundsätzlich nur in den dafür vorgesehenen Gremien des Deutschen Bundestags. Damit ist keine Aussage darüber getroffen, ob die der Frage zugrunde liegenden Annahmen oder Vermutungen zutreffend sind oder nicht.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Günter...'. The signature is fluid and cursive, written on a light blue background.